RUHIG ABWARTEN?

Olympia
Schreibmaschinen
Sonderangebote, Miete, Mietkauf
WYWIAS- Bochum - Südring 19

Nr. 45 12. Juni 1969 10 Pf

BSZ

Bochumer Studenten Zeitung
universität bochum und klinikum essen

Geht es nur um die Uni?

Bericht von der Vollversammlung am 9. 6.

Parallel zu den Verfassungsverhandlungen im Senat über den modifizierten Biedenkopf-Entwurf fand am Montag von 10—12 Uhr eine Vollversammlung der Studenten statt. Studentische Vertreter berichteten über den jeweiligen Stand der Diskussion im Senat, wo professorale Vertreter verschiedener Abteilungen die Verhandlungen offensichtlich in die Länge ziehen wollten. (So u. a. dadurch, daß sie sich gegen die Präambel unseres geschätzten Rektors aussprachen. Diesen Herrn „stinkt" die im ersten Absatz fixierte demokratische Verantwortung des Wissenschaftlers „nach Ostblock".)

Die VV beschloß, am Donnerstag, den 12. 6., einen eintägigen Warnstreik gegen den HGE für eine demokratische Uni durchzuführen. Der Warnstreik soll ermöglichen, umfassend über den HGE zu informieren, zunächst bei einem Teach-in ab 9.30 Uhr auf der Wiese, danach in einzelnen Abteilungen.

Außerdem wurde das Informationsbüro zwischen IA und IB kurz entschlossen zur Kampfzentrale gemacht, wo Informationsmaterial hergestellt und gelagert, die Agitation zentral koordiniert wird.

Bezeichnend ist, daß ein Beschluß über die biedenköpfische Verfassung vertagt wurde. Die Herren Professoren der Abteilungen 6, 7, 8 können sich nämlich nicht damit abfinden, drittelparitätisch besetzte Abteilungen zu bekommen.

Dieselben Professoren, die sonst Diskussionsversuche in ihren Vorlesungen als Einschränkung der Lehrfreiheit deklarieren, ließen für Dienstag selbstherrlich alle Vorlesungen der Abteilungen 6, 7, 8 ausfallen, um sich über die Verfassung zu beraten.

Der Stellenwert der Biedenkopf-Verfassung im Hochschulkampf

Gesetzestexte werden in Klassengesellschaften entsprechend der realen Machtstruktur ausgelegt. So existiert ein Art. 139 unseres Grundgesetzes, der das Potsdamer Abkommen als auch für die BRD gültig erklärt. Dementsprechend sind Nachfolgeorganisationen der NSDAP aufzulösen. Dennoch erfreut sich die NPD wachsender Beliebtheit. Ähnliche Rechtsbrüche: Chancengleichheit, Notstandsgesetze usw. In der Regel dienen solche Verfassungstexte und gesetzliche Regelungen der ideologischen Verschleierung bestehender Klassen- und Machtverhältnisse. Eine ähnliche Funktion ist der biedenköpfischen Verfassung zugedacht. Sie soll nämlich nicht die Praxis an der Hochschule verändern, sondern als ein Stück Papier die studentische Kampfbereitschaft gegen das HG aufs Abstellgleis führen. Die Verfassung darf für uns nie Ziel, allerhöchstens Mittel sein. Nach wie vor besitzt auch diese Verfassung in der Schwammigkeit ihrer Formulierungen Fallstricke (wie in einem anderen Artikel dieser Nr. gezeigt wird). So wird für uns allein die Streikpraxis das entscheidende Kriterium für eine demokratische Uni sein.

Den hochschulpolitischen mit politischem Kampf verbinden!

Wenn wir uns bei unserem Kampf gegen den HGE auf die universitären Strukturen beschränken, wird es zwar unter Umständen möglich sein, eine uns als Studenten entsprechende Praxis durchzuführen — wir werden aber keine Chance haben, eroberte Positionen wirksam zu verteidigen. Ohne Veränderung der Machtverhältnisse in Staat und Gesellschaft gibt es auf die Dauer keine demokratische Universität.

Wir leben in einer Gesellschaft, die sich parlamentarisch und außerparlamentarisch faschisiert. Unser Kampf, nur geführt als Hochschulkampf, beschneidet nicht die entscheidenden Machtinstrumente der herrschenden Klasse: Bürokratie, Justiz, Polizei und Armee sind nach wie vor völlig intakt und bereit, je-

(Fortsetzung Seite 2)

Bald zehn Monate Vorlesung im Jahr?
Fünfzig Prozent aller Studenten ungeeignet?
Drittelparität – eine Katastrophe?

Studienleiter

„Für alle Studiengänge sind ... den Prüfungsordnungen für Staats- und Hochschulprüfungen entsprechende Studienordnungen aufzustellen ..., (damit) das Studium innerhalb der ....vorgesehenen Mindestzeit abgeschlossen werden kann.
Die Studienordnungen können die Zulassung zu bestimmten Veranstaltungen vom Besuch im Studium vorhergehender Veranstaltungen oder von der Ablegung von Zwischenprüfungen abhängig machen." (§ 35 HGE)
Das heißt: Sie haben sich nach 2 Jahren zur Zwischenprüfung, nach 4 Jahren zum Examen zu melden, andernfalls Ihnen die **Rückmeldung verweigert** wird. Wer zweimal am Ende eines Jahres „sitzenbleibt", muß abgehen. Um das zu verhüten, müssen Sie sich von einem **Studienleiter betreuen** lassen, der von Ihnen Rechenschaft über Studienplan und Gelerntes verlangt. Das faßt der Planungsbeirat des Kultusministeriums als Ihre Selbstkontrolle auf. Sie sind also an der (reformierten) Uni, nicht um zu studieren, sondern um zu pauken. Andernfalls werden Sie entfernt.

SIND SIE DAFÜR?

Studienjahr

„An die Stelle von jeweils 2 Semestern tritt das Studienjahr. Der Kultusminister bestimmt im Benehmen mit den Hochschulen (mit wem dort? — die Red.) die Gliederung des Studienjahres." (§ 34 Hochschulgesetzentwurf NRW)

Als flankierende Maßnahme sieht der Planungsbeirat des Kultusministeriums die **Beschränkung der vorlesungsfreien Zeit auf 5 Wochen** vor. Für ihn heißt diese Zeit „Ferien". Ferien ist sie aber allenfalls für Professoren, und die werden schon Mittel und Wege finden, sich die Muße zu erhalten. Dafür müssen dann ihre Assistenten einspringen, die daher auch bestrebt sind, einen Stand von Assistenzprofessoren zu etablieren.

Ferien mag die vorlesungsfreie Zeit auch für Sie sein, wenn Sie von Haus aus gut betucht sind oder dicke Stipendien beziehen (wozu Honnef jedenfalls nicht zählt), es sei denn, Sie müssen Ferienkurse besuchen. **Wenn Sie sich jedoch in dieser Zeit durch Werkarbeit Ihren Lebensunterhalt verdienen müssen, werden Sie ausgesiebt.**

WOLLEN SIE DAS?

Kuratorium

„Das Kuratorium wird zur Hälfte aus Persönlichkeiten, die nicht der Hochschule angehören und die durch ihre Tätigkeit dem wissenschaftlichen Leben besonders verbunden sind, ... gebildet." (§ 18 HGE)

Indem es verbindliche Empfehlungen zur Schwerpunktbildung in Forschung und Lehre an den Senat leitet, wirkt es „als Bindeglied zwischen Gesellschaft und Hochschule", weshalb ihm auch die „zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Auskünfte" zu erteilen sind.

Das wird umso reibungsloser geschehen, je sorgfältiger die **neuen Honnefbestimmungen des Bundesinnenministers („charakterliche Reife")** auf Sie Anwendung finden.

Wenn Sie, statt den Weisungen Ihres Studienleiters zu folgen, um in 4 Jahren der (höheren) Gesellschaft dienlich zu sein, auf eigene Faust studieren oder sich politisch betätigen, darf sich der (niedere) Steuerzahler diesen Luxus nicht leisten.

ENTSPRICHT DAS IHREM WUNSCH?

Drittelparität

§ 10 HGE sieht eine Senatsvertretung vor, die umgekehrt proportional zur Zahl der jeweils Vertretenen ist. (7:4:3:2)
Das Land möchte Ihnen also Ihre väterlichen Lehrmeister erhalten, die in Ihnen Zöglinge sehen.
Dieser § macht die Unis von NRW auch für Hochschullehrer attraktiv, denen — wie z. B. jetzt in Westberlin — eine **Drittelparität nicht zuzumuten** ist. Dazu gehören solch wertvolle Staatsbürger wie Prof. jur. Bettermann, der die Hochschulreform richtig als Studentenreform begriff. Allerdings ist die RUB ohnehin mit solchen Leuten gesegnet (z. B. Esser, Papalekas, Rößler, Grosse).
Verzichten wird man allerdings auf (naturwissenschaftliche) Darmstädter Professoren müssen, denen die Drittelparität so gut gefällt, daß sie mit Ihren dortigen Kommilitonen gegen das dortige Hochschulgesetz kämpfen wollen.
In Bochum sollen Sie mit Ihren Anliegen jedoch sich professoralen Praktikabilitätserwägungen unterwerfen.

SIND SIE DAMIT EINVERSTANDEN?

Sie können in Ruhe und Ordnung das Gesetz abwarten, Sie können aber auch aktiv teilnehmen am

!!! WARNSTREIK! !!!

Testen Sie

Ihre Überlebenschance an der Uni

Staats- und Universitätsbürokratie schicken sich an, die ihrer Ansicht nach unbegabten 50 Prozent der Studenten herauszusieben (siehe obenstehenden Leitartikel). Sie tun das mit Hilfe von Leistungsprüfungen, bei denen Punktsysteme zugrundegelegt werden, die angeblich Intelligenz und Fleiß eines Studenten objektiv erfassen.

Um die Universitätsbürokratie zu entlasten und den Studenten selbst eine rechtzeitige Eigen-Diagnose zu ermöglichen, die es ihnen gestattet, überflüssige Zeit an der Uni durch freiwilligen Abgang einzusparen, haben wir unsererseits ein (sehr einfaches) Punktsystem entwickelt. Es hat den Vorzug, nicht erst den Umweg über BGB, Statistik, Altenglisch, Sanskrit usw. zu machen, sondern für alle Fakultäten gleichermaßen Gültigkeit zu besitzen:

Eltern ohne akad. Studium	2
Eltern ohne Abitur (zusätzlich:)	2
Eltern ohne mittl. Reife (zusätzl.:)	3
keine älteren stud. Geschwister	2
auf Honnef angewiesen	2
auf Ferienarbeit angewiesen unter 2 Monate	2
über 2 Monate (zusätzlich:)	2
auf Nachhilfestundengeben angew.	1
kein eigenes Arbeitszimmer	3
keine lärmgeschützte Arbeitsmögl.	2
wenn verheiratet, pro Kind	3
Formulierungsschwierigk. (schriftlich)	2
Formulierungsschwierigk. (mündlich)	2
mangelnde Devotion im Umgang mit Ordinarien	1

Wenn Sie weiblichen Geschlechts sind, multiplizieren Sie Ihre Gesamtpunktzahl mit 2.

Wenn Ihre Punktzahl über 14 liegt, gehören Sie nicht auf die (reformierte) Universität. Lassen Sie sich schleunigst exmatrikulieren: Sie ersparen sich und den Behörden Ärger und Zeit und leisten gleichzeitig einen individuellen Beitrag im Kampf gegen die Überfüllung. Falls Sie das dennoch nicht wollen sollten, wird Ihnen wohl nichts anderes übrigbleiben, als sich **aktiv** an den studentischen Abwehrmaßnahmen gegen die Aussiebe-Vorrichtungen (siehe obenstehenden Leitartikel) zu beteiligen. **Tertium non datur!** (Latinum müssen Sie natürlich haben ...)

ARBEITSTERMINE

Betriebsprojektgruppe I, ständig, IB/6, Tel. 399/29 79
Arbeitsgruppe Imperialismus, Do., 13. 6., 11—13 h, Baracke 9.
Wochenendseminar des SDS, 14. 6. u. 15. 6., ab 10 h, **Reinhold-von-Thadden-Haus**, Thema: „Organisation"
Technologie-Projektgruppe, Do., 14 h, Haus der Freunde
Arbeitskreis „Kinder u. Schule", dienstags, 20 h, Baracke 9
Lehrlingsgruppe, Tel. 399/29 79

Durst
löscht
man
mit
Schlegel

WESTFALENBANK
IHRE BANK IN QUERENBURG

Zweigstelle Ruhr-Universität
Lennershofstr. 70
Tel.: 511315

Zweigstelle Bochum-Querenburg
Overbergstr. 7
Tel.: 511012

Sie können Bankgeschäfte jeder Art in beiden Zweigstellen abwickeln. Ihre Studien- und Sozialgebühren können Sie kostenlos bei uns einzahlen.
WESTFALENBANK Aktiengesellschaft Bochum
Huestraße 21-25

Studentenschaft –international

Honduras

(Partner der USA in der „Allianz für den Fortschritt"*)
Ende Mai schickte Nixon den liberalsten Republikaner, den Multimillionär Nelson **Rockefeller,** als Sonderbotschafter nach Tegucigalpa. Er sollte seinen lateinamerikanischen Partnern „nicht Vorschläge machen, sondern zuhören". Wenn er nicht schwerhörig war, hörte er die Schüsse auf demonstrierende Studenten, denen ein Kommilitone zum Opfer fiel. Rockefeller entschädigte die Studenten von Honduras mit einem Freistipendium in den USA.

Kolumbien

(Ebenfalls Partner der USA in der „Allianz für den Fortschritt")
In Bogotà war schon Blut geflossen, ehe **Rockefeller** am 27. Mai dort eintraf. Sein Aufenthalt im Lande war überall von Straßenschlachten begleitet (Gesamtbilanz: 1 Kommilitone wurde erschossen, über 200 verwundet. Am 29. Mai gab Nixon eine beträchtliche Kürzung (um 138 Mill. Dollar) der Auslandshilfe bekannt.

Indien

(von USA und UdSSR gemeinsam aufgerüstetes Hauptbollwerk gegen die Volksrepublik China)
Bei einem Streik der Ingenieur-Studenten von Durgapur (150 km von Kalkutta entfernt) kam es zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei, die in einer Bürgerkriegsaktion den Campus stürmte wobei ein Kommilitone ums Leben kam und viele verwundet wurden.

Bolivien

(Partner der „Allianz für den Fortschritt", dessen faschistische Regierung Che Guevara umbrachte, weil sie ihn offenbar nicht für fortschrittlich hielt)
Rockefellers Besuch in La Paz (zu deutsch = Frieden) dauerte ganze drei Stunden. Als die Regierung sich gezwungen sah, ihm mitzuteilen, daß sie wegen der heftigen Studentendemonstrationen für seine Sicherheit nicht garantieren könne, verging ihm endgültig das Lächeln, und er kehrte schleunigst nach Washington zurück. Den Besuch in Venezuela, in dessen Stadt Valencia 4 Studenten bei einer Anti-Rockefeller-Demonstration durch Polizeikugeln verwundet worden waren, hatte er abgesagt.

USA

(Hauptquartier der „Freien Welt")
Am 4. Juni überfielen 31 schwerbewaffnete FBI-Agenten das Büro der Black-Panther-Bewegung in Chicago. Vorsorglich war der Verkehr lahmgelegt und Polizei auf den Dächern rundum stationiert worden. Die 8 Black Panthers, 2 davon Frauen, ergaben sich ohne Gegenwehr. Sie wurden verhaftet und sofort angeklagt, einen ominösen Mörder versteckt zu haben. Diesen Mörder fand der FBI allerdings nicht, dafür aber das gesamte Aktenmaterial der Bewegung.

Ebenfalls am 4. Juni griff Präsident Nixon erstmals seit seiner Amtsübernahme die radikalen Studenten an. Vor Studenten der Universität von Madison (South Dakota) erklärte er: „Gewalt kann unterdrückt werden. Wir haben die Kraft, wenn nötig, zurückzuschlagen und uns durchzusetzen. Unsere Nation hat schon andere Umsturzversuche überlebt, wir können auch diesen überleben."
Diese nationerhaltende Kraft hatten erst neulich unsere Kommilitonen in Berkeley zu spüren bekommen. (Siehe BSZ Nr. 44)
Laut Freiheitsverteidiger Senator Fulbright (Demokrat) kommt die schwerste Bedrohung des Friedens und der Sicherheit in den USA „nicht aus Hanoi, Moskau oder Peking, sondern aus unseren Colleges und Ghettos unserer Städte." Welch ein Wechsel der Fronten!

Kongo (K)

(EWG-Partner der BRD, die sicherlich an der Ausbeutung der Kupfer- und Uran-Minen Katangas, welche sich z. Z. noch in den Händen der nominell belgischen Union Miniére befinden, nicht uninteressiert ist)
Am 3. Juni demonstrierten 4000 Studenten der katholischen Universität von Kinshasa für eine angemessene Erhöhung der Subventionen an die Universität. Um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, trugen sie auch Bilder Mao Tsetungs mit sich. Dadurch offenbar besonders gereizt, setzte die Regierung Mobutu Fallschirmjäger ein. 12 Kommilitonen ließen dabei ihr Leben.

Ecuador

(weiterer Partner der USA in der „Allianz für den Fortschritt")
Auch in Guayaquil wurden die Nelson **Rockefellers** von großen Massen der Studenten, Schüler und freiheitliebenden Bevölkerung mit dem Ruf „Yankee go home!" beantwortet. Die Lakaienregierung versuchte, diese Stimmen mit Waffengewalt zum Schweigen zu bringen. Bilanz: 6 Tote, 50 Verwundete und mehrere Verschollene — was den meisten bürgerlichen Zeitungen hierzulande zu peinlich war, um darüber zu berichten .

* Der Fortschritt dieser „Allianz" spiegelt sich in folgenden Zahlen: vor der Gründung (1950-60) durchschnittliche Jahreswachstumsrate in Lateinamerika 5,1 Prozent, seit der Gründung (1961—69) 4,8 Prozent. Die Arbeitslosenzahl stieg von 18 Mill. (1960) auf 23 Mill. (1969) an. (UNO-Wirtschaftskommission April 1969)

Türkei

(NATO-Partner an der europäischen Peripherie, dessen Ordnungskräfte von anhaltenden Streiks der Arbeiter und Studenten in Bewegung gehalten werden)
Nachdem die Universität Istanbul wegen studentischer Proteste gegen die ständig hinausgezögerten Reformen seit über einer Woche geschlossen worden war, sollten am 9. Juni die Abschlußprüfungen unter Polizeischutz stattfinden. Als die Studenten — die davon gehört hatten — die Universität besetzen wollten, hatten sich dort bereits 500 Polizisten eingerichtet. Sie bewarfen die vordringenden Kommilitonen mit Tränengas- und Rauchbomben. Folge: sehr schnell stieg die Zahl der Studenten auf mehrere Tausend an, die mit Molotow-Cocktails und Pflastersteinen gegen die Polizisten vorgingen. Diese erhielten Verstärkung durch drei Kompanien der Armee. In der Straßenschlacht ließen wenigstens ein Kommilitone und ein Polizeibeamter ihr Leben, zahlreiche Kommilitonen wurden krankenhausreif geschlagen. Studenten der Medizin leisteten erste Hilfe.

Das Druckhaus
für
anspruchsvolle Kunden

Druckhaus
Schürmann & Klagges

Bochum
Hans-Böckler-Straße 12-16
Ruf 160 81-83

ORIGINAL-AMERIKANISCHER PFEIFENTABAK WIRD IN DEUTSCHLAND HERGESTELLT · DURCH ZOLLERSPARNIS NUR
RUM and MAPLE 2.50 DM
Gratisröbchen · PLANTA · Berlin 61

Wir Imperialisten

Mit diesem (natürlich ironisch gemeinten) Titel überschrieb die FAZ, hinter der immer ein kluger Kopf steckt, ihren Leitartikel vom 31. Mai. Für die FAZ gibt es Imperialismus nur noch in Moskau (was wir nicht in Abrede stellen wollen), aber ihr Glashaus ging durch biafranische Guerrilleros in Scherben. Das Geklirr hätte die bürgerliche Presse und allen voran die FAZ ihren lärmempfindlichen Lesern am liebsten ganz erspart.

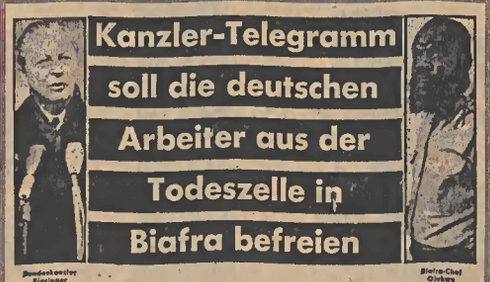
So gehörte die BSZ zu den ganz wenigen deutschen Presseorganen, die schon vor dem Todesurteil gegen 18 italienische und deutsche Techniker, darunter auch den Bochumer Heinz Teske, von diesem für gewisse Unternehmerkreise äußerst peinlichen Vorfall berichtete. Hatte diese sich doch in der Biafrafrage hinter die Maske christlicher Nächstenliebe verkrochen, um den Krieg möglichst schnell durch einen „Verhandlungsfrieden" zu beenden und so möglichst ungestört in den Genuß der Erdölquellen zu kommen.

Die Verschleierung ließ sich nicht länger aufrechterhalten, als die Ingenieure (deren Ahnungslosigkeit wir nicht bestreiten wollen: vgl. Lehrplan von Ingenieurschulen) in Vertretung ihrer verantwortlichen Arbeitgeber zum Tode verurteilt wurden. Jetzt weinten die Unternehmer und in ihrem Schlepptau die bürgerliche Presse innerhalb weniger Tage so viele Krokodilstränen wie in zwei Jahren nicht über mehr als eine Million verhungerte, bombardierte oder anderweitig massakrierte Biafraner zusammen.

Jetzt kam eben alles darauf an, bestimmte Fragen erst gar nicht aufkommen zu lassen wie z. B.:
Was taten die Leute da?
Wer schickte sie hin?
Für wen buddelten sie da?

Deshalb wurden die Ingenieure auch in der westdeutschen und italienischen Boulevardpresse kurzweg zu Arbeitern befördert (zu ihren Gunsten wollen wir hoffen, daß ihre Gehälter nicht die gleiche Verwandlung erfuhren). Auch der „Corriere della Sera" verwandelte die „technici" nach dem Todesurteil sogleich in „lavoratori".

Merke: wenn's um Kopf und Kragen geht, möchte auch ein Kapitalist am liebsten Arbeiter sein.



WILLIAM LAWSON'S
Rare Scotch Whisky

Uwe Seeler
hat die Nase voll
Schwere Anklage gegen die HSV-Führung (Bericht Seite 7)

Retten Sie unsere Landsleute vor der Hinrichtung!

Warum wohl stiegen für BILD die Ingenieure so plötzlich zu Arbeitern auf?

was trinken wir?
Schultheiss Bier
SCHULTHEISS-BRAUEREI AG, BERLIN, BOCHUM

Lager Kwale 3, wo der Bochumer Heinz Teske unschuldig nach Öl bohrte

Mit einemmal waren auch alle Sympathien für die christlichen Biafraner zu Ende: hatte Ojukwu doch in letzter Zeit immer deutlicher zu erkennen gegeben, daß er im Falle seines Sieges Biafras Erdölquellen im nationalen Interesse auszubeuten gedenkt, um die nötigen Gelder für Wiederaufbau und Industrialisierung des Landes zu erwirtschaften; ja hatte er doch sogar davon gesprochen, die Klassenstruktur der Gesellschaft zu beseitigen (weshalb ihn der „Corriere della Sera" auch prompt verdächtigte, Mao stände hinter ihm).

Für alle wirklichen Christen käme es darauf an, gerade jetzt Biafra weiterhin zu helfen, auch wenn, was zu erwarten ist, der Vatikan in Kürze seine Haltung ändern sollte (jedenfalls benutzte der Generalsekretär der Caritas für seine Verhandlungsmission zur Begnadigung der Techniker ein Privatflugzeug der ENI, die im übrigen jede Verantwortung für ihre Tochtergesellschaft Agip abstreitet. Es brauchte daher niemanden zu wundern, wenn der Papst — wie bei Hispano Suiza — auch bei der Agip mit Aktien mit von der Partie wäre.)

SEMESTER-SPIEGEL

Münsters „Semesterspiegel" war durch Abwerbung der studentischen Rechten der Annoncenmarkt kaputtgemacht worden. Dorn im Auge war ihr u. a. die Lateinamerikanummer (Dez. 68), die Informationen über Profite westdeutscher Konzerne wie BASF u. a. in Brasilien bot. Anlaß für eine Weigerung, eine Insertion zu bezahlen, war für eine Buchhandlung, die ansonsten recht eifrig in Pornographie handelt, ein freizügiges Sexbild.
Die Rechte, die nun den „Semesterspiegel" annektiert hat, braucht über Anzeigenmangel nicht zu klagen.

Bonn

Wie der Bonner RCDS seinen Kampf gegen das Hochschulgesetz zu führen gedenkt, demonstrierte am 4. Juni Bonns AStA-Chef Wolfgang Breyer (RCDS): Er rief die Polizei gegen Kommilitonen der linken SP-Fraktion zu Hilfe, die zwei leerstehende Räume des AStA zum Streikzentrum eingerichtet hatten. Zuvor hatte man sich im SP nicht über die erforderliche Zahl der Unterschriften für eine Urabstimmung über den Streik gegen das NRW-Hochschulgesetz einigen können, weil die rechte Fraktion eine Diskussion unterband.

In einer noch am selben Tage einberufenen Vollversammlung distanzierte sich die Mehrheit der Anwesenden von dem Polizeieinsatz.

Heidelberg

Der Bundestagswahlkampf begann in Heidelberg mit Tomaten, womit am Mittwoch letzter Woche Heidelberger Studenten den CDU-Kandidaten für Heidelberg, Peter Molt, bewarfen. Molt, bisher Geschäftsführer des Deutschen Entwicklungsdienstes in Bonn, hatte einen Lehrauftrag für politische Wissenschaft an der Uni Heidelberg erhalten. Die Studenten sahen darin eine Vermengung von politischer Wissenschaft und praktischer Politik.

Ähnlich besetzt ist z. B. in Bochum der Lehrstuhl von Rüdiger Altmann.

wywizs
Schreibmaschinen Billige Sonderangebote
Bochum Südring 19

Marburg

Bei einem Teach-in in der Philipps-Universität forderte der Frankfurter SDS-Genosse Jürgen Krahl die über 1000 Teilnehmer auf, ab 18. Juni gemeinsam mit allen hessischen Studenten gegen das Hochschulgesetz zu streiken, dessen zweite Lesung durch den hessischen Landtag zu diesem Zeitpunkt beginnt. Die Organisierung des Widerstandes müsse sofort auf allen Ebenen beginnen, da das Gesetz nur eine technokratische Hochschule bringen könne.

Das Ordnungsrecht, über dessen Einführung man sich keinen Illusionen hingeben solle, werde die Zahl relegierter, vorbestrafter oder mit Hausverbot belegter Studenten erheblich hochschnellen lassen.

In Zukunft müßten daher Professoren, die die Aufnahme von relegierten, vorbestraften oder mit Hausverbot belegten Studenten in ihre Vorlesungen und Seminare verweigern, ausgesperrt werden.

WIDERSTANDSPERSPEKTIVEN

„Wir dürfen uns nicht einbilden, **in Düsseldorf** Widerstand leisten zu können. Der Landtag wird das HG ohne wesentliche Änderungen verabschieden, aber er kann es nur **verabschieden! Durchgesetzt werden** muß es **in Bochum,** und dort sind wir, und hier gilt es, unseren Widerstand anzusetzen: in der Uni, in jeder Abteilung! Von jedem von uns!" (AStA-Info)

Wir haben in den letzten Semestern die Unterdrückung unserer Ansprüche erfahren. Heute stellt sich die Alternative von Unterwerfung oder Widerstand.

Das künftige HG ist nur anwendbar, wenn wir bereit sind, ihm zu folgen. Deshalb müssen wir massenhaft und solidarisch dieser Studentenreform von oben entgegentreten.

1. **Prüfungskampagne:** Wenn die vermehrten und verschärften Prüfungen für die Initiatoren des HG **das** Instrument ist, um uns kleinzukriegen (Zwangsexmatrikulation), dann müssen wir diese Prüfungen, in denen weder Wissenschaft noch deren Praktizierung verlangt wird (die lernt man erst im Beruf), sondern die nur auf Anpassung hinauslaufen und uns damit existentiell bedrohen, vereint boykottieren: Zwischenprüfungskampagne in **allen** Abteilungen, nicht nur in solchen, wo ihre Funktion als Numerus clausus für bereits Immatrikulierte nicht einmal mehr verkappt ist, sondern vom Lehrkörper offen zugegeben wird.

(So wurden von 64 Studenten der Chemie nach dem 1. Semester 33 hinausgeprüft.)

2. **Sozialkampagne:** Wenn man uns bei einem finanziell nicht abgesicherten Studium nur 5 Wochen „Ferien" zubilligen will, dann müssen wir — wie die Ingenieurstudenten — auch nach „Ferienende" der Uni fernbleiben.

Wenn man weiterhin unsere Wohngeldanträge ablehnt, dann müssen wir dort, wo es für den einzelnen noch nicht so gefährlich ist, geschlossen den verweigerten Zuschuß von der Miete abziehen. In Westberlin gehen bereits 6 Wohnheime so vor.
(Verweigerung der Semestergrundgebühren.)

3. **Selbstorganisierung:** Wenn man den AStA abzuschaffen gedenkt, so müssen wir uns mit allen zu Gebot stehenden Mitteln dagegen wehren und zugleich den Kampf in den einzelnen Abteilungen verstärken. Die dort bereits geleistete Basisarbeit muß uns als Hebel gegen drohende Verschulung dienen.

Wir müssen jetzt streiken, aber aktiv streiken, weil nur so die genannten Aufgaben inhaltlich und organisatorisch zu bewältigen sind, weil wir sonst der inhaltlichen Problematik unserer verdrängten Berufsperspektive nicht organisiert Rechnung tragen können. (Funktion des Berufs. Funktion der Ausbildung. Analyse der Mechanismen von Anpassung und Unterdrückung. Kampfmaßnahmen dagegen.)

4. Wir haben semesterlang um ein paar eigentlich selbstverständliche Rechte gekämpft. Die Professoren sind inzwischen nicht überzeugt, sie sind nur — und auch nur auf der Zentralebene — vor dem Druck des HG und unserer Aktivitäten zurückgewichen. Doch mit der Drittelparität im Uniparlament haben wir noch gar nichts erreicht. Sie bietet uns nur etwas weniger schlechte Positionen, von denen aus wir weiterkämpfen müssen: gegen den Prüfungsterror und sein Äquivalent, den Numerus clausus, gegen die Massenvorlesungen, gegen die professorale Verfügungsgewalt über uns und den Lehrbetrieb. Entscheidungen darüber fallen auf der Abteilungsebene, und hier müssen wir die professoralen Machtpositionen abbauen, hier brauchen wir unbedingt halbparitätische Abteilungsräte, sonst nützt uns die schönste Drittelparität in einem Uniparlament nichts.
Biedenkopfs Verfassungsvorlage ist ein Papiertiger, solange uns der Hochschulgesetzentwurf NRW bedroht und uns von den spärlichen Positionen, die uns mittlerweile zugestanden werden, wieder verdrängt.
Ergo: „Der Kampf geht weiter, und jetzt ohne Manschetten und sentimentale Skrupel!"

Horst Peter Kasper

Studenten kaufen
Tabak · Zeitungen
Spirituosen und
Lebensmittel
in ihrer
Trinkhalle Kotthoff
(an der Mensa)
Im Ausschank:
Coca Cola, Fanta eiskalt

Sommersportfest '69

Das Sommersportfest in diesem Semester wird am 4./5. Juli ausgetragen.
Am 4. Juli finden die Schwimmwettkämpfe im Nordbad statt (12.00 bis 15.00 Uhr), am 5. Juli (Samstag) die leichtathletischen Kämpfe und das Endspiel der Universitätsmeisterschaftsrunde im Fußball.
Teilnehmerlisten liegen ab 16. Juni im Institut für Leibesübungen, Overbergstr. 15, aus.
Weitere Auskunft erteilt das Sportreferat, Overbergstr. 15.

Geht es nur . . .

(Fortsetzung von Seite 1)

de kleine demokratische Insel beliebig hinwegzufegen.
Unser Kampf um eine demokratische Uni gewinnt nur dann Perspektive, wenn wir ihn einordnen in den politischen Kampf der Arbeiterbewegung. (Brecht: Der Revolutionär kämpft für „das Teewasser und um die Macht im Staat".) Das bedeutet, daß wir die Streikbewegung aus dem Ghetto der Universität hinaustragen müssen. Ansatzpunkte dafür: Arbeiter an die Uni, Massenaktionen, verstärkte Öffentlichkeitsarbeit (vor Betrieben, in der Stadt usw.), Zusammenarbeit mit Ingenieurstudenten und anderen Unis, Eingreifen in den Bundestagswahlkampf.
„Dem Bündnis von Wissenschaft, Proletariat und Technik wird keine noch so finstere Gewalt widerstehen können." (Lenin)

SPARTAKUS (Kohnen/Schöttler)

Ihre Kommilitonen können es bestätigen . . .

Reparaturen an allen Autos

gut schnell preiswert

RENAULT

C. M. Schötteldreier
4630 BOCHUM
Herner Straße 107
Telefon 1 43 36

Service
Verkauf
Ersatzteillager

Wir reparieren – und tauschen nicht nur aus!

7. Juni: 9000 Lehrlinge in Köln

Monatelang hatte die DGB-Spitze den Protest der Lehrlinge abzuleiten versucht. Um ihr Gesicht wahren zu können, verfrachtete sie am Samstag, dem 7. Juni 1969, 9000 Lehrlinge zu einer Massenveranstaltung in die Kölner Messehallen, anstatt – wie zunächst von den Lehrlingen gefordert – nach Bonn zu einer Massendemonstration. Daß sie dadurch aber den innergewerkschaftlichen Kampf nur forcierte, damit hatte sie sicherlich nicht gerechnet.

9000 Lehrlinge kamen an diesem Tag aus allen Teilen der Bundesrepublik und aus West-Berlin nach Köln, um ihren Forderungen in einer Massenveranstaltung Nachdruck zu verleihen. Sie hatten Hunderte von roten Fahnen und Transparenten mitgebracht, Tausende von Flugblättern.

Bevor die Lehrlinge eintrafen . . .

Aber auch Hunderte von Polizisten waren auf dem Weg nach Köln. Allein aus Bochum kamen 16 Mannschaftswagen, einige Tankwagen und zwei Wasserwerfer, deren Düsen schon in Bochum vorsorglich mit Stacheldraht versehen worden waren.

Es wurde also eine machtvolle Demonstration erwartet.

Während sich die Lehrlinge noch an ihrem Sammelpunkt trafen, um dann gemeinsam durch Köln zu marschieren, trafen an den Messehallen drei Mannschaftswagen und zwei Jeeps der Polizei und der Feuerwehr ein. Der „Rest" befand sich in der Umgebung der Messehallen.

Auch der DGB hatte sich auf alle Fälle eingerichtet. Überall Ordner, zum Teil mit Sprechfunkgeräten ausgerüstet (einige davon auf dem Dach der Halle). Um sog. „Störern" zuvorzukommen, hatte der DGB in der Vorhalle einen Info-Stand eingerichtet, an dem noch Eintrittskarten ausgegeben wurden. Wer sich nicht ausweisen konnte, mußte zumindest seine Taschen leeren oder seine Aktentasche. Es hätte ja Gefährliches darin sein können, z. B. Flugblätter . . .

Der Beginn der Veranstaltung verzögerte sich, da die Halle einem Hexenkessel glich, vor allem, als eine Beatband die Internationale intonierte. Als sie dann endlich begann, drohte der Veranstaltungsleitung die Kontrolle zu entgleiten: Der DGB hatte als ersten Redner Maria Weber (Mitglied des DGB-Vorstandes) aufs Programm gesetzt. Als sie mit allgemeinen Phrasen den Lehrlingen „ihre Unterstützung" anbieten wollte, wurde sie ausgelacht. Das Pfeifkonzert wurde so stark, daß Georg Benz einschreiten mußte.

Er unternahm sein erstes Abwiegelungsmanöver: Er appellierte an die Lehrlinge, nicht auf die „Störer" zu hören, sondern der Rede der Kollegin Weber weiter zu folgen. Doch auch er wurde ausgepfiffen. Einige Anarchisten gingen Benz auf den Leim: Obwohl die Lehrlinge lautstark protestierten, warfen jene Knallkörper aufs Podium. Benz hatte damit endlich Oberwasser, in dem er dann auch fleißig weiterschwamm.

Die Rede von M. Weber wurde kurzerhand abgesetzt. Als nächste Redner folgten zwei Lehrlinge! Während der eine, ein Handwerkslehrling, einem jugendlichen Rentner glich, versuchte der andere, ein Industrielehrling aus Essen, auf die geforderten Kampfmaßnahmen näher einzugehen. Seine Redezeit war aber so knapp bemessen worden, daß ihm am Schluß nichts anderes übrigblieb, als es bei allgemeinen Forderungen bewenden zu lassen.

Die Abschlußrede hielt Georg Benz (eine knappe Stunde). Doch was er vorzubringen hatte, hätte er in wenigen Minuten vorbringen können: Er sprach zwar von Kampfalternativen, von Protest, vom Keine-faulen-Kompromisse-Schließen, nannte aber als Kampfmittel nur diejenigen aus der Mottenkiste der Gewerkschaftsbürokratie: „Gespräche mit Abgeordneten, mit berühmten Persönlichkeiten, der Presse" usw. usf.

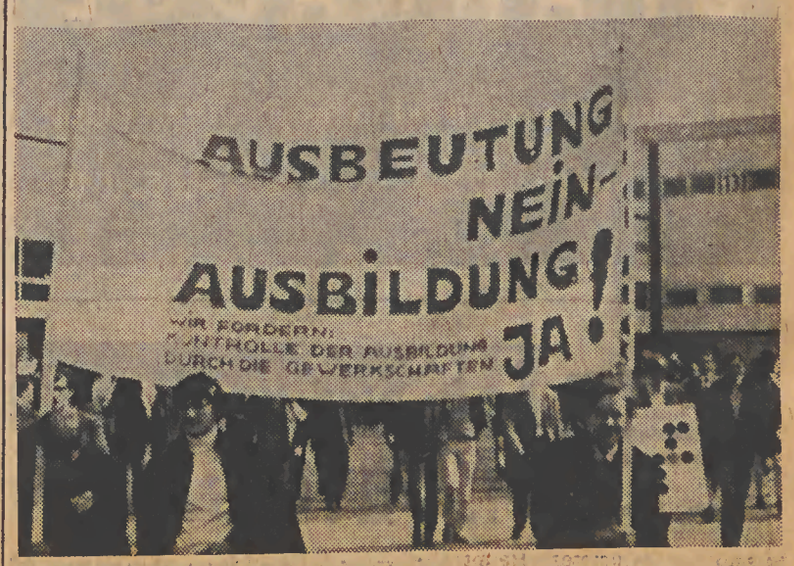
Obwohl von Anfang an keine Diskussion in der Halle vorgesehen war, konnte der DGB diese nicht verhindern. Sie wurde kurz vor Veranstaltungsbeginn ins Programm aufgenommen.

Bei dieser Diskussion taten sich vor allem SDAJ und DKP-Flügel des SDS hervor: Sie wiederholten alle „Argumente" und „Kampfalternativen", die Benz vorgebracht hatte. Daß sie ausgepfiffen wurden, schienen sie kaum zu bemerken. Eine „technische Durchsage" würgte dann jede weitere Diskussion ab: Um 17.00 Uhr fuhren die meisten Busse zurück. Hier half kein Protest mehr. Wer nicht einstieg, mußte sehen, wie er nach Hause kommen konnte.

Fazit:

9000 Lehrlinge haben in Köln bewiesen, daß sie bereit sind, den Kampf weiterzuführen, auch und vor allem gegen diejenigen, die den Protest der Lehrlinge nur dazu benutzen wollen, ihren eigenen Interessen ein jugendlich-radikales Mäntelchen umzuhängen (Gewerkschaftsbürokratie), und diejenigen, die ihnen zwar verbale Radikalität anbieten können, in der Praxis aber nur eine „Mitbestimmung", deren Mottenpulvergeruch schon in den 20er Jahren zu vernehmen war (SDAJ, DKP).

Keiner der Redner in der Diskussion fragte z. B., warum die Veranstaltung von Berufsjugendlichen und Bürokraten organisiert worden war, obwohl das Hauptinteresse an dieser Veranstaltung bei den Lehrlingen lag.



. . . kam schon die Polizei

Nervenklinik als Vorbeugehaftanstalt?

Sollte der „Entwurf eines Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten" — er liegt seit Mai 68 dem NRW-Landtag als Drucksache Nr. 725 vor — in seiner jetzigen Form noch, wie vorgesehen, vor der Sommerpause den Landtag passieren, so stehen für alle NRW-Bürger rosige, ja irrsinnige Zeiten ins Haus.

Mit diesem Entwurf, der laut dpa-Meldung des Innenministeriums vom November 68 Schrittmacherfunktion für die übrigen Bundesländer hat, würde eine unkomplizierte, volkstümliche juristische Handhabe geschaffen sein, die es ermöglicht, so ziemlich jeden, sofern er nur durch ein irgendwie-anders-Sein auffiele, für längere Zeit narrensicher außer Gefecht zu setzen. Denn: Nach § 1, Abs. 1 regelt dieses Gesetz Hilfen nicht nur für Personen mit einer Psychose, Suchtkrankheit oder Schwachsinn, sondern auch für Menschen, „bei denen Anzeichen psychischer Störungen bestehen, oder die an einer dieser Störungen leiden oder gelitten haben."

Danach fiele jeder Orgasmusgestörte, jeder einmalig Alkoholberauschte, Leistungszwang-Neurotiker, an seiner Weltanschauung Verzweifelnde etc. unter die obige Bestimmung und hätte Anspruch auf Hilfe. Wie er in ihren Genuß kommt und wie sie aussieht, erfährt jeder psychisch Gestörte in § 3 (Bestimmungen über das „Einsetzen der Hilfe"). Danach „sind Hilfen zu gewähren, sobald durch begründete Anregung Dritter oder auf sonstige Weise" die in § 1 Abs. 1 aufgeführten Voraussetzungen gegeben sind. Der Denunziation sind also Tür und Tor geöffnet. Weigert sich ein von Dritten „Geholfener", sich beim Gesundheitsamt untersuchen zu lassen, so kann er durch das Ordnungsamt vorgeführt werden (§ 9), das nach § 8, Abs. 3 das Recht bekäme, ohne Anwesenheit eines Arztes die Wohnung des Betroffenen zu betreten: „Zur Verhütung dringender Gefahren der öffentlichen Sicherheit und Ordnung."

Vorbeugehaft mit Umweg übers Untersuchungszimmer. Sind Sicherheit und Ordnung zu stark gefährdet, wird jede Nervenklinik und -heilanstalt zu einem KZ, das hygienischen Bedürfnissen entspricht. Das 4. Reich wird sauber bleiben.

Polizeischule Bork

Phil. Fak.: Wahl des Dekans.

Um von neugierigen Studenten ungestört zu sein, hatte die Fakultät gegen die Stimmen der hoffnungslos unterlegenen Studentenvertreter (4 unter 50) den Tagesordnungspunkt Wahl auf nach 22 Uhr verschoben, weil bis zu diesem Zeitpunkt die Studenten das Fürstenberghaus (Phil. Fak.) hätten räumen müssen.

Diese beschäftigten sich bis dahin im Nebenraum mit der Besichtigung von Filmen und machten ab 22 Uhr durch Klopfen auf sich aufmerksam. Da den Professoren die Forderung nach Öffentlichkeit allmählich zu bunt wurde, riefen sie nunmehr die schon vorher bestellten 4 Hundertschaften Bereitschaftspolizei gegen die rund 200 Filmbesucher, um den „Saal zu schützen".

Ohne Vorankündigung stürmten die Polizisten knüppelschwingend auf die Studenten los, hieben sie teilweise hinaus und warfen Tränengasbomben in den Saal, die sofort explodierten. (Das gleiche Gas hatten Nationalgardisten in Berkeley vor zwei Wochen erprobt, wobei ein Kommilitone blind wurde.)

Eine Kommilitonin, die schwanger ist, erlitt einen Schreikrampf, der sich erst nach 3 Stunden löste.

15 Münsteraner Ärzte, die von Kommilitonen antelefoniert wurden, hatten für die Frau keine Zeit; der anwesende Polizeiarzt dagegen hatte Wichtigeres zu tun: er mußte den blutenden Finger eines Bereitschaftspolizisten — jemand muß wohl hineingebissen haben — sorgfältig verbinden, ehe er sich widerstrebend dazu herbeiließ, einen flüchtigen Blick auf die am Boden Liegende zu werfen. Kommilitonen, lernt Karate!

Kölner Polizei schützt griechische Schläger

Am Samstag, dem 7. Juni 1969, dem Tag der großen Lehrlingsveranstaltung, befand sich im Kölner griechischen Konsulat ein Diplomat des faschistischen Regimes. Gegen diesen Besuch demonstrierten am Abend Studenten und Lehrlinge, die sich noch in Köln aufhielten, um über den Kampf der Lehrlinge weiter zu beraten.

Als eine Scheibe des Konsulats zu Bruch gegangen und der Diplomatenwagen fahruntauglich gemacht worden war, stürmten plötzlich 30 Botschaftsangehörige auf die Straße, ausgerüstet mit Gegenständen, die zu ihrer diplomatischen Tätigkeit unerläßlich sind: mit Totschlägern, Gaspistolen, Bolas (Gummiseile, an deren Ende sich eine tischtennisballgroße Hartgummikugel befindet) und ähnlichen Dingen.

Bei den Demonstranten brach eine heillose Panik aus, als die ersten Demonstranten zusammengeschlagen und verletzt wurden. Da aufgrund der örtlichen Verhältnisse ein Fluchtweg nahezu ausgeschlossen war, griffen die Demonstranten zu Steinen, wodurch die Faschisten auf 30-m-Abstand gehalten werden konnten. Nur einzelne kamen näher, um die Steine beim Zurückwerfen besser plazieren zu können.

In der Zwischenzeit war ein Demonstrant so zusammengeschlagen worden, daß er regungslos am Boden liegenblieb. Eine Demonstrantin wäre fast ins Konsulatsgebäude hineingeprügelt worden. hätten das nicht die wenigen Polizisten verhindert, die sich zu dieser Zeit vor dem Konsulat befanden.

Die Polizeiverstärkung ließ nicht lange auf sich warten. Ausgerüstet mit Gegenständen, die für die Aufrechterhaltung der Ordnung notwendig sind, ging sie auch sofort daran, die Ordnung aufrecht zu erhalten: Sie ließ die faschistischen Schläger weiter schlagen, ließ die Verletzten weiter in Gefahr, schlug selbst wahllos drauflos, war sehr schnell bei den Festnahmen und brachte die Festgenommenen sehr pflichtbewußt zu den Mannschaftswagen: Schaue nicht nach rechts und links, wenn Du jemanden abführst. Dieses Pflichtbewußtsein bekamen dann auch einige der Festgenommenen sehr hautnah zu spüren: Die Faschisten nutzten die Chance und verabreichten noch so manchem Tritte und Schläge.

Die Polit-Kripo suchte diesen Film beim BSZ-Redakteur vergeblich. Er bekam ihn unversehrt aus Zelle und Polizei-Präsidium heraus.

Die Polizei war dann auch sehr freundlich und pflichtbewußt, als die Demonstranten in den Wagen saßen. Auf das Lachen eines Wageninsassen (ein Wagenfenster war kaputt) hatte ein Polizist die sehr nette Antwort: „Grins nicht so blöd, sonst hau' ich dir ein' in die Schnauze." — Einige Polizisten waren auch in ihren Drohungen sehr freundlich (kannten sie doch alle ihre Dienstvorschriften): „Haltet die Fresse, wir können noch anders . . ." usw. usf.

Im Polizeipräsidium angekommen, wurden erst einmal alle 13 Festgenommenen herzlich begrüßt: Mit Worten wie „Jetzt sind schon wieder solche Scheißer hier;" mit Taten wie Durchsuchen, Einsperren in eine Großzelle, die ihr letztes Weiß vor mehr als zehn Jahren gesehen haben muß (über und über dreckige Wände, in der einen Ecke monatelange Scheiße, die in die Ecke geschmiert worden war). Resultat des Ganzen:

13 mal Gesichter und Fingerabdrücke in die Akten, dazu 13 Landfriedensbruchprozesse.

Die Faschisten dagegen mußten leer ausgehen . . . **K. B.**

Kiel:

STREIK

Wasserwerfer, Absperrgitter, Stacheldrahtverhaue und über 1000 Polizisten schützten am Montag die Bannmeile des Kieler Landtages gegen 6000 Studenten, die aus allen Unis Schleswig-Holsteins und von Hamburgs Uni, PH und Ingenieurschulen angereist waren, um gegen das geplante HG und Ordnungsrecht zu demonstrieren.

Ein Polizeihubschrauber überwachte ständig den kilometerlangen Demonstrationszug, der sich, vor dem Landtag angekommen, mit bürgerkriegsähnlichen Absperrmaßnahmen konfrontiert sah. Ein geplanter Vorstoß auf das Landeshaus erwies sich angesichts der staatlichen „Verteidigungs"-Maschinerie als sinnlos. Man entschloß sich daher, auf einem großen Parkplatz vor dem Landtag zu einem Massen-sit-in. Im Verlauf der Belagerung wurden dann die offenen Stacheldrahtrollen zum sinnfälligen Symbol staatserhaltender Zusammenarbeit zwischen Justiz und Exekutive. Schon vor Demonstrationsbeginn erließ das Verwaltungsgericht Schleswig eine einstweilige Anordnung, das dem Innenministerium auferlegte, die Stacheldrahtrollen durch Gitter oder Polizei abzusichern. Die Polizeiführung kam der Anordnung nach, indem sie Wasserwerfer gegen die Studenten einsetzte, um dadurch, wie die Polizei später begründete, die Demonstranten vor Verletzungen durch die Stacheldrahtrollen zu „schützen".

Der Kieler AStA gab am Dienstag bekannt, daß man nun den „Widerstand an der Basis der Hochschulen" organisieren werde, da diese Demonstration auch „dem letzten Liberalen" gezeigt habe, daß der Staat berechtigten studentischen Forderungen nur militante Mittel entgegensetzen könne.

Barzels Spießgesellen

Rund 25 Studenten und Arbeiter, die verdächtigt werden, durch Beteiligung an der Aktion gegen die CDU-Sozialausschüsse am 1. 2. d. J. Landfriedensbruch (vgl. den auf das Allgemeine Landrecht von 1794 zurückgehenden § 125 StGB) begangen zu haben, erhielten vom 14. K (politische Polizei) eine Vorladung. Nicht vorgeladen wurde der Akafö-Vorsitzende Biedenkopf (CDU), der den CDU-Leuten mit Barzel und Grundmann an der Spitze an besagtem Samstagmorgen just zur Essenszeit die Mensa zur alleinigen Verfügung überließ, so daß die Studiker (mal nicht wegen Rohrbruchs) ihren Magen zuschnüren durften.

Diese mangelnde Erbauung, gepaart mit jener über die Unverschämtheit der Biedenkopf & CDU, die Mensa für sich zu pachten, ließ die Studenten zu Farbbeuteln und Eiern greifen, v. a. um Rainer Barzel, der doch die „Linke hochprügeln, geistig jedenfalls, und sichtbar in die Ecke stellen" wollte, den ihm gebührenden Empfang zu bereiten. Behindert wurden sie dabei durch Graf Hardenbergs zu Hilfe geholte Polizei, die teilweise — vom gerechten Zorn der Studenten überzeugt — widerwillig den Befehlen des Einsatzleiters gehorchte. (Am Nachmittag traf man sich dann wieder, als die Polizei auf Befehl des Innenministers Weyer eine NPD-Feier in Bochums Graf-Engelbert-Schule zu schützen hatte.)

Biedenkopf, eigentlicher Autor des Lustspiels vor der Mensa, blieb inmitten der „Zusammenrottung" von Eiern verschont.

Verdächtige und Zeugen mögen sich Freitag um 17 Uhr bei der Projektgruppe Justiz in Baracke IX einfinden.

Lobbyzeiten endgültig vorbei

Die außerordentliche Mitgliederversammlung des VDS vom 28. bis 31. Mai in Göttingen brachte eine Weiterführung der vom 3. bis 10. März in Köln begonnenen Verbandspolitik, die sich zum Ziel gesetzt hatte, das Selbstverständnis des VDS als sozialistischer Kampfverband durch eine basis-orientierte Praxis zu verwirklichen. Um die in der „sozialistischen Präambel" zum Kölner Strukturmodell umrissenen Ziele: Hochschulrevolte, Revolutionierung der Gesellschaft, Erziehung zu sozialistischer Berufspraxis, effektiver in Angriff nehmen zu können, wurde der Sitz des VDS-Vorstandes von Bonn nach Frankfurt verlegt, also näher an eine wirkungsvoll arbeitende Basis; gleichzeitig läßt sich durch diese Verlegung die Zusammenarbeit mit dem SDS-Bundesvorstand besser koordinieren.

Neben dieser Standortsverlagerung setzten die neugewählten Vorstandsmitglieder Hannes Heer, Frank Wolff, Michael Wolf und Julian von Eckart (alle SDS) nach harten und stundenlangen Auseinandersetzungen folgende Beschlüsse durch:

Der VDS tritt nicht mehr als Herausgeber der müden Verbandszeitung „input" auf.

Der VDS stellt seine Mitarbeit in der Auslandsstelle des regierungskonformen Bundesstudentenringes ein.

Der VDS zieht seine Klage gegen die Bundesregierung auf Weiterzahlung der staatlichen Zuschüsse zurück.

Der neue Vorstand: „Wir buhlen nicht um das Geld der Leute, die wir bekämpfen."

Wer verkauft billig oder verschenkt Schreibtisch und Büromöbel.

Angebote bitte unter BSZ-Chiffre „Büro".

Budapest 16. – 26. Juli

Im Preis von DM 263,– sind Fahrt ab / bis Bochum, Unterkunft mit voller Verpflegung, Donaufahrt, Weinprobe, Stadtrundfahrten und Visagebühren eingeschlossen.

Studenten-Reisedienst Bochum
Baracke VIII, neben der Mensa

Zum Mensa-Report:

„Uber die Kunst, deutsche Erdäpfel tief zu kühlen"

Urworte. Amorphisch.
(Frei nach Johann Wolfgang von Goethe)
Wie an dem Tag, der dich der Welt geboren,
Die Mensa stand zum Schlange treten,
So wirst du knackig-fest gefroren
Im Tiefkühlfach, wo keine Sonne schaut.
Hart mußt du sein, denn bist du einmal aufgetaut,
So sagen Mensagänger, leicht betreten,
Braucht keine Gabel und kein Messer mehr zerstückeln
Gefrorne Formen, die sich, aufgetaut, entwickeln.

Hermann Josef Heyers

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN
trispher
Kleinstlinsen angenehm zu tragen unsichtbar · unzerbrechlich
BRILLEN Hagemann
SÜDRING 20

IMMER wenn's um Geld geht...
SPARKASSE
In Querenburg direkt in der Nähe der Uni
Im Westenfeld 22 Tel.: 511015

Europäische Marken-Teppiche
Führendes Haus in Western-Bekleidung
Twen Shop Bekleidung für junge Leute
Rücklaufbestände der US-Armee
US VERKAUF
H. PETERMANN
Bochum - Rathausplatz 8
Telefon 66939

Contacta Institut
Heinen-Brillen Bochum Kortumstr. 45 I.Et.
Anpassung unsichtbarer Augengläser
bestverträgliche Kunststoff-Kleinstlinsen
des bewährten Systems Müller-Welt

LOEWE
ADOLF LOEWE
Büromaschinen · Möbel · Organisation
Bochum · Kortumstraße 95 · Ruf 1 60 41

SCHAUSPIELHAUS BOCHUM
Hans Schalla

Spielplan für die Zeit vom 12. bis 29. Juni 1969
ÄNDERUNGEN VORBEHALTEN

SCHAUSPIELHAUS			KAMMERSPIELE	
20.00	MARTHA (G) von Flotow	Do. 12. 6.	20.00	EIN SELTSAMES PAAR von Neil Simon
20.00	DIE IRRE VON CHAILLOT von Giraudoux	Fr. 13. 6.	20.00	EIN SELTSAMES PAAR von Neil Simon
20.00	DIE IRRE VON CHAILLOT von Giraudoux	Sa. 14. 6.		Keine Vorstellung
20.00	ROMEO UND JULIA von Shakespeare	So. 15. 6.		Keine Vorstellung
20.00	MARTHA (G) von Flotow	Mo. 16. 6.	20.00	DER ARME BITOS von Anouilh
20.00	GIANNI SCHICCHI (G) von Puccini und DIE SPANISCHE STUNDE (G) von M. Ravel	Di. 17. 6.		Keine Vorstellung
20.00	ROMEO UND JULIA von Shakespeare	Mi. 18. 6.		Keine Vorstellung
20.00	DIE IRRE VON CHAILLOT von Giraudoux	Do. 19. 6.	20.00	EIN SELTSAMES PAAR von Neil Simon
20.00	MARTHA (G) von Flotow	Fr. 20. 6.		Keine Vorstellung
20.00	DIE IRRE VON CHAILLOT von Giraudoux	Sa. 21. 6.		Keine Vorstellung
20.00	ROMEO UND JULIA von Shakespeare	So. 22. 6.	20.00	DER ARME BITOS von Anouilh
20.00	DIE IRRE VON CHAILLOT von Giraudoux	Mo. 23. 6.	20.00	EIN SELTSAMES PAAR von Neil Simon
20.00	DIE IRRE VON CHAILLOT von Giraudoux	Di. 24. 6.		Keine Vorstellung
20.00	DIE IRRE VON CHAILLOT von Giraudoux	Mi. 25. 6.		Keine Vorstellung
20.00	DIE IRRE VON CHAILLOT von Giraudoux	Do. 26. 6.	20.00	EIN SELTSAMES PAAR von Neil Simon
20.00	DIE IRRE VON CHAILLOT von Giraudoux	Fr. 27. 6.		Keine Vorstellung
20.00	ROMEO UND JULIA von Shakespeare	Sa. 28. 6.	20.00	DER ARME BITOS von Anouilh
20.00	DIE IRRE VON CHAILLOT von Giraudoux	So. 29. 6.	20.00	EIN SELTSAMES PAAR von Neil Simon

g. V. = geschlossene Vorstellung
(G) = Aufführung des Musiktheaters im Revier
Karten für Studierende 50 % ermäßigt. Anrechtscheine auf Ermäßigung sind im Sekretariat der Studentenschaft erhältlich (Baracke 8, hinter der Mensa).

Pentagon machts möglich

heute schon in Frankfurt - morgen auch in Bochum?

A I.
Ort: Frankfurt/Main. Zeit: Juni 69.
Beweismaterial des Frankfurter SDS:
Das Frankfurter Batelle-Institut forscht für Pentagon.
Vorläufiges Dementi des Bat.-Institutes: Die Behauptungen des SDS sind absurd.
(Gerhard Schröder atmet auf, der Spiegel weiß von nichts.)

II.
Pressekonferenz am 3. 6. 69
Der SDS legt Dokumente vor:
1. Protokolle eines Hearings der US-Regierung im Mai 68.
Aus diesen geht eindeutig hervor: Bereits am 1. 4. 67 hatte das Frankfurter Batelle-Institut Pentagon-Forschungsaufträge über insgesamt 209 000$ in Arbeit.
Die Aufträge waren:
ein Projekt auf chemischem Gebiet: 25 000$;
ein Projekt auf elektronischem Gebiet: 46 000$;
ein Projekt auf nicht näher bezeichnetem, wahrscheinlich ebenfalls elektron. Gebiet: 138 872$.
Ferner:
John Forster, Direktor der Abteilung „Defence research and Engineering" im US-Verteidigungsministerium, bezeichnete laut Hearing-Protokolle seine (obigen) Angaben als unvollständig, da neben dem Pentagon auch die US-Army, -Air-Force und -Navy sowie die NATO in eigener Regie Forschungsaufträge an öffentliche und private Institute in aller Welt vergäben.
2. SDS-Dokumente über Aufträge der US-Army an westdeutsche Universitäten:
Aus diesen geht hervor:
US-Army gab für Forschungsaufträge:
1967
200 000 DM an w.-deutsche Unis,
1,3 Mill. DM an andere dt. Institute,
1969
2,5 Mill. DM an w.-deutsche Unis,
1,3 Mill. DM an sonst. Institute.
D. h.: Schwerpunktverlagerung militärischer Forschung auf die deutschen Universitäten.

III.
Über diese Mittel verfügen einzig und allein die Institutsdirektoren der Universitäten, die keiner sonstigen Kontrolle unterliegen. Für die Gesellschaft lebenswichtige Entscheidungen werden also von öffentlich nicht kontrollierten Personen gefällt. Besteht die Möglichkeit, sich unkontrollierten Nebenverdienst zu verschaffen?

IV.
Der Direktor des Batelle-Institutes: Kein Kommentar.
Derjenige, von dem er vermute, daß er es dementiert habe, sei zur Zeit nicht anwesend.

V.
Argument:
Militärische Forschung komme auch zivilen Zwecken zugute, sei somit gerechtfertigt.
D. Wetzel (SDS), Diplomsoziologe:
Dieses Argument treffe sicherlich nicht für die vom Batelle-Institut erwähnten „Verschlußsachen" zu. Ferner, was bedeute es, wenn wichtige zivile Forschungsprojekte so lange vernachlässigt werden müßten, bis militärische Stellen für ähnliche Forschungsziele Gelder vergäben.
„Wer bestimmt, nach welchen Kriterien welche Forschung betrieben wird?"

VI.
Das Frankfurter Batelle-Institut forscht ferner im Auftrage des Bonner Verteidigungsministeriums wie bei dem Prozeß des Instituts vor dem Frankfurter Landesarbeitsgericht mitgeteilt wurde.

B I.
Ort: Bochum/Düsseldorf. Zeit: bald.
Aus der Präambel des Biedenkopfschen Verfassungsentwurfes:
„In der Erkenntnis der Bedeutung der Wissenschaft für die soziale, wirtschaftliche, technische, kulturelle und damit gesellschaftliche Ordnung und Entwicklung unseres Landes und der Mitverantwortung, die der Wissenschaft daraus für die Zukunft des Einzelnen und der Gesellschaft erwächst; ..."
Aus dem Entwurf, Art. 3 (2):
„Aus dem kritischen Auftrag der Wissenschaft folgt für die RUB die Aufgabe, für die Freiheit der Wissenschaft und eine freiheitlich demokratische Grundordnung einzutreten: ..."

II.
Wessen Freiheit? Wessen Demokratie? Wessen Ordnung?
Wer bestimmt, nach welchen Kriterien welche Forschung betrieben wird?

III.
Aus dem NRW-Hochschulgesetzentwurf, § 17 (2):
„Zur Vorbereitung der Entwicklung des Senats sowie zur Beratung des Hochschulpräsidenten werden Ständige Kommissionen gebildet.
... (2) Die Mitglieder der Ständigen Kommissionen werden vom Senat berufen.
(3) Stets zu bilden sind 1. eine Ständige Kommission für Fragen des Forschungsbetriebes und der Koordinierung von wissenschaftlichen Vorhaben, ...
Mindestens drei Viertel der Mitglieder der in Nummer 1. genannten Kommission sind Hochschullehrer."

IV.
Aus der Biedenkopf-Verfassung, Art. 51, Auftragsforschung:
„(1) Soweit von Mitgliedern der Universität Forschungsaufträge (Entwicklungsaufträge, wissenschaftliche Gutachten und Beratungen) übernommen werden, ist die Unabhängigkeit der Durchführung des Auftrages sicherzustellen.
(Von wem unabhängig?)
Durch Forschungsaufträge können Gegenstand und Fragestellung nur für bestimmte Forschungsprojekte festgelegt werden.
(Wer bestimmt die Projekte und wer legt fest?)
Der Auftrag darf nur übernommen werden, wenn seine Durchführung die ordnungsgemäße Erfüllung der Verpflichtungen in Lehre und Selbstverwaltung nicht beeinträchtigt ..."
Pentagon-Aufträge würden also danach anstandslos an der RUB übernommen werden, da selbst größere Aufträge „die ordnungsgemäße Erfüllung der Verpflichtungen in Lehre und Selbstverwaltung" nicht beeinträchtigt würden: bei großzügiger Finanzierung ließen sich eventuelle „Beeinträchtigungen" sicher ausbügeln.

C I.
Fragen:
Wer forscht noch für die Verteidigung der einen freiheitlich-demokratischen Grundordnung? (siehe VI.)
Weiß ein Naturwissenschaftler, für wen er forscht?
Weiß ein Naturwissenschaftler, für was von ihm Erforschtes verwendet wird, und hat er irgendeinen Einfluß auf dessen (z. B. mißbrauchende) Verwendung?

II.
Bert Brecht schrieb in einem Nachwort zum „Leben des Galilei", daß das soziale Versagen des Wissenschaftlers Galilei zu einer neutralistischen und positivistischen Wissenschaftsauffassung geführt habe; die dieser Auffassung immanente unsoziale, da gedankenlose Forschungsgeilheit habe konsequent zum Bau der Atombombe geführt.
Hinzuzufügen wäre, daß aufgrund dieser wissenschaftlichen „Haltung" es ferner möglich war, daß sich Mediziner im Namen einer systemkonformen Wissenschaftlichkeit bereitfanden, Euthanasie zu praktizieren und (heute wieder) Nervengase und bakteriologische Kampfstoffe zu produzieren.

III.
Wer bestimmt, nach welchen Kriterien welche Forschung betrieben wird?

Meldetermin

Baden-Württembergs Universitäten werden den letzten Meldetermin für das Wintersemester bereits auf den 15. Juli vorverlegen, um auf diese Weise einen Numerus clausus auf kaltem Weg einzuführen. Da Studienbewerber somit genötigt sind, andere Universitäten aufzusuchen, werden die anderen Länder, um einer drohenden Überfüllung Herr zu werden, dem Beispiel des Filbinger-Krause-Staates nachfolgen.

Für Bude in Studentensilo 100 Eier?

Als seinerzeit der Wohnungsbauminister Lücke die Mietpreise freigab, weil angeblich mittlerweile genug Wohnraum für die Bevölkerung vorhanden sei, und im Anschluß daran eine Stadt nach der anderen zum „weißen Kreis" ernannt wurde, zeigte sich sehr bald, daß dieses Gesetz zum Schutz und besseren Genuß des privaten Hauseigentums eine geeignete Maßnahme war, um zahlreiche Familien (besonders kinderreiche) in Obdachlosenasyle zu verfrachten. Auch bei der Kohlenkrise konnte sich manche Bergwerksgesellschaft dadurch gesundschrumpfen, daß sie die Kumpel nach ihrer Kündigung (von Arbeits- und Mietvertrag) kurzerhand aus den bis dahin teilweise mietfreien Werkswohnungen (die nach 1945 vielfach mit Hilfe des Bergmannsgroschens, also aus Steuergeldern, errichtet worden waren) hinauswarf und gesalzene Mieten festsetzte. (So hatte die Dahlbusch-AG nach Schließung ihrer Förderanlage 1968 eine Dividende wie nie zuvor.)
Staatliche Wohnheimgesellschaften glichen längst ihre Mieten denen der freigemachten Wohnungswirtschaft an. Das Akademische Förderungswerk unter dem Vorsitz von Rektor Biedenkopf (CDU) und der Direktion von Bernhard Sträter (CDU) gibt hierfür ein gutes Beispiel, indem es im Staatlichen Studentenheim pro Zimmer 95 DM, in der Hustadt 115 DM und mehr verlangt, was für Leute, die auf Honnef allein angewiesen sind (Höchstsatz z. Z. 320 DM), kaum erschwinglich ist: schon hier wird also dafür Sorge getragen, daß jene Studenten erst gar nicht aufgenommen werden, die durch die Hochschulreform hinausgesiebt werden sollen (nämlich die, die nicht in der Lage sind, einen solchen Betrag zu zahlen).

Nun hat der Bundestag einige Jahre nach jenem Lückeschen Strafgesetz ein Wohngeldgesetz für finanzschwache Mieter erlassen, wonach man mittels Antragstellung u. U. die Miete teilweise erstattet bekommt. Nicht zu den Berechtigten sollten hingegen Studenten gehören, da ihre Wohnung als Zweitwohnung eingestuft wurde, wofür eine Erstattung nicht vorgesehen ist.

§ 26 des WoGG (= Wohngeldgesetz) vom 1. April 1965 (kein Aprilscherz!) wurde von einem Ausschußmitglied im Bundestag (1963) wie folgt kommentiert: „Zu dem vorübergehend genutzten Wohnraum (der also nicht unter das Gesetz fällt — die Red.) gehören auch Ferienwohnungen und Wochenendhäuser. Studenten ... und andere Familienangehörige, die nur vorübergehend nicht mit ihren Familien zusammenwohnen, werden so behandelt, als ob sie im Haushalt ihrer Familie lebten." D. h.: die Eltern dürfen bei der Berechnung ihres Wohnraumes den Studenten mitrechnen; dieser hat sich, falls er einen Mietzuschuß benötigt, an jenen schadlos zu halten. Diese Regelung entspricht der Praxis bei der Vergabe von Honnef, wo ja auch die finanziellen Verhältnisse der Eltern, nicht der Studenten berücksichtigt werden (demnächst wird der Student sich auch diese Mittel von den Eltern abholen dürfen).
Durchbrochen wurde diese Auslegung des WoGG in der Rechtsprechung bei verheirateten Studenten: im Gegensatz zu den Honnefbestimmungen werden sie nach dem WoGG als eigenständige Familie behandelt.

Gegenüber ledigen Studenten jedoch gehen die Gerichte in aller Regel davon aus, daß sie zum Haushalt ihrer Eltern gehören und somit keinen Anspruch auf Wohngelderstattung haben. Ausnahmen sind: 1. Studenten, die aus der DDR zugezogen sind (im Antrag heißt es natürlich: SBZ);
2. Studenten mit abgeschlossener Berufsausbildung (außer Lehrlingsausbildung), sofern sie den Beruf einmal ausgeübt haben und damit den Nachweis erbrachten, auf eigenen Füßen stehen zu können;
3. Studenten, die letzteren Nachweis erbrachten, indem sie sich dazu verpflichteten, nach dem Studium zur Bundeswehr, Bundespost o. ä. zu gehen und daher gefördert werden.
Nicht jedoch zählt die Förderung nach dem Honnefer Modell zu den Nachweisen wirtschaftlicher Unabhängigkeit zumindest nicht für das Oberverwaltungsgericht (OVG) Westberlin, das einen Erstattungsantrag, der sich darauf stützte, am 27. September vorigen Jahres negativ beschied.
Eine Ablehnung von Wohngeld für die Studenten durch den Senator für Bau- und Wohnungswesen mit Berufung auf diese Entscheidung des OVG hat Anfang Juni die 2000 Bewohner des Westberliner Studentendorfs dazu bewogen, geschlossen eine weitere Zahlung der Miete bis zum Widerruf besagter Ablehnung auszusetzen. Z. Z. reisen Kommilitonen aus Westberlin durch die BRD, um auch in anderen Studentenheimen Mieterstreiks anzuregen.

Wenn Sie noch nicht verheiratet sind und in absehbarer Zeit keinen Ehepartner auftreiben können, empfiehlt es sich, angesichts der oben beschriebenen Mietpreise das Beispiel der Berliner zu befolgen. Sie würden damit auch für jene Kommilitonen etwas tun, deren private Hauswirte ihre Forderungen nach der oberen Grenze in den Studentenheimen ausrichten. Bringen Sie daher auf Heimversammlungen den Antrag ein, ab sofort keine Miete mehr zu zahlen! Das eingesparte Geld ließe sich sinnvoll für einen Musterprozeß verwenden.

— kadi —

WASHERRFINCKEN UNTER BETRIEBSKLIMAVERSTEHT

Fakten:
Eine Angestellte wurde nach 6 Wochen Probezeit aus der Cafeteria IA entlassen.
Grund:
Sie hatte sich am Freitag, dem 6. 6. 69, wie folgt über das **Angestelltenessen** geäußert, das an diesem Tag aus kalten Pommes frites, Sülze und Roter Bete bestand: Das Essen sei in Anbetracht von 9 Stunden Arbeit täglich so miserabel, daß man es nicht mal einem Hund vorsetzen könne, ohne daß es ihm schlecht wird. Frau H. wurde am Montag um 11.00 Uhr zum Wirtschaftsleiter Fincken zitiert, der ihr vorhielt, sie könne das schlechte Essen in der Küche kritisieren, aber nicht am Büfett im Beisein von Studenten. Ferner hielt er ihr vor, sie sei am letzten Samstag bei einem Fußballspiel in Dortmund (BVB — Offenbach) ohne ihren Mann gesehen worden, desgleichen am Sonntag bei Weitmar 45, aber diesmal in Begleitung eines jungen Mannes. (Fincken: „Es muß doch schön sein, wenn eine reife Frau einen jungen unerfahrenen Mann verführt.") Fincken war wohl eifersüchtig! Jedenfalls schlug er vor, sich gütlich zu trennen. Am 21. Juli würden sie sich sowieso wiedersehen, da er sie aus Anlaß des Sommerballes vom Arbeitsamt anfordern würde.
Weitere Fakten: Die Cafeteria-Angestellten verdienen ca. 500,— DM netto im Monat, also im Schnitt DM 3,50/Stunde. Arbeitszeit: täglich 9 Stunden auf den Beinen, davon 3/4 Stunde Pause für Frühstück und Mittagessen. Die Verhältnisse sind vor allem im Sommer unerträglich, da in den Cafeterias von ausreichender Lüftung und Klimaanlage keine Rede sein kann.
Kommilitonen, denkt nach, was wir gegen solche Fincken machen müssen. Die Angestellten können es nicht, da ihnen die Zeit dazu fehlt. Fast ununterbrochene Arbeitszeit verhindert zudem das Zustandekommen einer wirkungsvollen Zusammenarbeit innerhalb des Betriebsrates.

Bochumer Studenten Zeitung
Herausgeber: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität
Redaktion: Stefan Bock, Klaus Dillmann, Norbert Otte
Anzeigenleitung: Christine Schipplick
Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstraße 66 (Ruhr-Universität)
Bankverbindungen: Städt. Sparkasse Bochum, Nr. 720 666; Westfalenbank AG, Bochum, Nr. 90 685 9
Auflage: 8000 Exemplare
Druck: Schürmann & Klagges, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16
Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Alle Rechte beim Universitätsverlag Bochum, im Studentenwerk Bochum e. V., 463 Bochum, Lennershofstr. 66, Tel. 51 14 57 und 399 3112.